



KLIMA BILDUNG ARBEIT

**Unser 15 Punkte Plan für klimafreundliche
Städte und Gemeinden**



Unser 15 Punkte Plan für klimafreundliche Städte und Gemeinden

Städte und Gemeinden nehmen eine zentrale Rolle bei der Erfüllung der Klimaziele ein. Sie stehen vor der großen Herausforderung, auf der lokalen Ebene Lösungen gegen die Klimakrise finden zu müssen. Obwohl die lokale Ebene am stärksten und vor allem direkt von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen ist, werden Strategien und Vorgaben zur Bekämpfung der Klimakrise vielfach nur auf der internationalen und nationalen Ebene diskutiert und verhandelt. Die Gemeinden und Städte müssen diese aber tatsächlich umsetzen.

70 Prozent der Klimaschutzmaßnahmen und 90 Prozent aller Klimawandelanpassungsmaßnahmen werden auf lokaler und regionaler Ebene umgesetzt. Dadurch ergeben sich einige Problemstellungen, denn die Rahmenbedingungen in Österreich bieten den Städten und Gemeinden nur begrenzt Möglichkeiten, auf die Herausforderungen der Klimakrise zu reagieren. Um das zu ändern braucht es eine Einbindung und Neuausrichtung der Klimapolitik mit einem klaren Fokus auf Städte und Gemeinden und ihre Beschäftigten.

1.

Es braucht eine klare Verteilung von Kompetenzen und Pflichten

2.

Es braucht mehr Kooperation zwischen Städten und Gemeinden

3.

Es braucht einen Ausbau der Stellen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge

4.

Es braucht adäquate Aus- und Weiterbildung

5.

Es braucht mehr Mittel für Investitionen

6.

Es braucht einen Finanzausgleich, der die Finanzierung des Klimaschutzes stärker berücksichtigt

7.

Es braucht eine gute Datenbasis

8.

Es braucht eine Umstellung der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien

9.

Es braucht den Ausbau des öffentlichen Verkehrs

10.

Es braucht eine klimafreundliche Stadt- und Raumplanung

11.

Es braucht energieeffizientes Bauen und Sanieren

12.

Es braucht mehr Grünraum, vor allem in Städten

13.

Es braucht eine Umstellung des Wirtschaftssystems auf Kreislaufwirtschaft

14.

Es braucht eine aktive Wirtschaftspolitik und nachhaltige öffentliche Beschaffung

15.

Es braucht die lokale Expertise und Einbeziehung der Bürger:innen

1. Es braucht eine klare Verteilung von Kompetenzen und Pflichten

Die teilweise **unklare Verteilung von Verantwortlichkeiten** erschwert es den österreichischen Städten und Gemeinden, Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimawandelanpassung selbständig zu ergreifen. So etwa beim **Verkehr**, denn für die Organisation und Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur sind in unterschiedlichem Ausmaß Bund, Länder und Gemeinden verantwortlich. Das gleiche gilt beim **Management von Naturkatastrophen**, wo die Kompetenzen und Verpflichtungen zwischen den Gebietskörperschaften geteilt und in den Bundesländern nicht einheitlich geregelt sind. Für die österreichischen Städte und Gemeinden ist es angesichts der Klimakrise und ihrer vielfältigen Herausforderungen

besonders wichtig zu wissen, **wo sie Handlungsmöglichkeiten besitzen** und wo ihre Pflichten und ihre Verantwortlichkeiten liegen. Dazu zählt auch ein starkes **Klimaschutzgesetz**, das nicht nur die Ziele, sondern auch die Verantwortung für die Zielerreichung eindeutig vorgibt und die unterschiedlichen Gebietskörperschaften in die Pflicht nimmt. In Österreich gibt es zurzeit kein Klimaschutzgesetz, das dieser Anforderung nachkommt. Das derzeit geltende Gesetz stammt aus dem Jahr 2011 und die Treibhausgas-Reduktionsziele endeten 2020. Hier muss von der österreichischen Bundesregierung dringend nachgebessert werden.

2. Es braucht mehr Kooperation zwischen Städten und Gemeinden

Die Folgen des Klimawandels machen nicht an den Grenzen der Städte und Gemeinden halt. Viele Gemeinden erbringen ihre Leistungen, die besonders relevant für den Klimaschutz und die Klimawandelanpassung sind (z.B. Müllbeseitigung, Energie- und Wärmeversorgung), gemeinsam. Das Gelingen der Klimapolitik ist daher auch vom **Zusammenspiel der unterschiedlichen Gemeinden in einer Region** abhängig. Regionale Zusammenschlüsse zum Schutz des Klimas haben eine

politische Zugwirkung auf Städte und Gemeinden, die bislang zögerlich bei der Umsetzung von Maßnahmen waren. Es fehlt oftmals an ambitionierten Programmen, die die Städte mit ihren Umlandgemeinden hinsichtlich der Planung und Umsetzung von Maßnahmen und Projekten im Bereich des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung verbinden. Daher ist es wichtig, die **interkommunale Zusammenarbeit** zu verstärken.

3. Es braucht einen Ausbau der Stellen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge

Mehr Beachtung müssen auch die **Beschäftigten in der öffentlichen Daseinsvorsorge** finden. **Viele Berufsbilder in der öffentlichen Daseinsvorsorge - von Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Energie über Müllbeseitigung, Pflege, Gesundheit bis zu Bildung - sind schon jetzt nachhaltige, sogenannte „Green Jobs“.** Daher ist es wichtig, Städte und Gemeinden und ihre Beschäftigten in ihrer

wichtigen Versorgungsfunktion zu stärken. In Zukunft müssen neben den nationalen Rahmenbedingungen auch **lokale beziehungsweise regionale Strategien zur Forcierung von qualitativ hochwertigen Jobs** entwickelt werden. Schließlich kennen die Gemeinden die lokalen Gegebenheiten am besten. Sie wissen, wie sich der Klimawandel auch auf den in der Region vorherrschenden Arbeitsmarkt auswirkt und kennen die lokalen Möglichkeiten, bestimmte Tätigkeitsfelder zu stärken und vor

allem in der Daseinsvorsorge Green Jobs zu fördern.

Nachhaltige Jobs sind jedoch nicht automatisch auch gute Jobs.

In Österreich werden Kriterien guter Arbeit in Bezug auf Green Jobs weder formuliert noch erhoben. Als Gewerkschaft fordern wir deswegen nicht nur **verstärkte Forschung** über Green Jobs in Österreich und eine **stärkere inhaltliche Auseinandersetzung mit „guter Arbeit“**, sondern auch die **Verschränkung der beiden Konzepte** in der politischen Diskussion. In Zukunft müssen hier vor allem Gewerkschaften eine bedeutende Rolle spielen, die mit ihrem Bekenntnis zu einem **gerechten Übergang (Just Transition)** hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft ein aktives Zeichen gesetzt haben.

Öffentlich Bedienstete, Katastrophendienste, insbeson-

dere Beschäftigte im Gesundheitswesen, den sozialen Diensten und der kritischen Infrastruktur werden durch die klimatischen Bedingungen mehr belastet. Um die steigenden Belastungen im Gesundheitssystem abfedern zu können braucht es daher auch eine **umfangreiche Reform des Gesundheits- und Sozialwesens**. Die Arbeitsbedingungen und Ausstattungen in diesen Berufsfeldern müssen systematisch verbessert werden sowie mehr Personal eingesetzt werden. Damit verbunden ist auch eine Ausweitung der Ausbildungsplätze. Es braucht verstärkte Kontrollen, eine verpflichtende Gesundheitsüberwachung und die Ausweitung von Arbeitsschutz- und Anpassungsmaßnahmen bei Arbeitsplätzen, die durch die Klimakrise besonders betroffen sind.

4. Es braucht adäquate Aus- und Weiterbildung

Eine wichtige Maßnahme der lokalen und regionalen Förderung von Green Jobs sind **Qualifizierungsmaßnahmen**. Besonders jungen Menschen ist es wichtig zu wissen, welche Möglichkeiten sie haben, in „grünen“ Berufsfeldern tätig zu werden und die passende Ausbildung in der Region vorzufinden. Doch auch ältere Erwerbstätige dürfen bei einer etwaigen **beruflichen Umorientierung** nicht alleine gelassen werden. Vor allem in Regionen, in denen kohlenstoffintensive Industrien

vorherrschend sind, müssen innovative Lösungen gefunden werden, um der ansässigen Bevölkerung attraktive Jobchancen und Perspektiven zu bieten. Gemeinden können dafür Rahmenbedingungen setzen und Anreize schaffen, dafür brauchen sie allerdings ausreichende finanzielle Mittel. Gleichzeitig können Gemeinden über Schulungsangebote und Initiativen ihren eigenen Beschäftigten Perspektiven geben sowie über die Klimakrise aufklären und Bewusstsein schaffen.

5. Es braucht mehr Mittel für Investitionen

In Zeiten der fortschreitenden Klimakrise braucht es eine **massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen**. Alleine für die Umrüstung des bestehenden öffentlichen Vermögens (beispielsweise für die Modernisierung von Schul- und Amtsgebäuden, Spitälern und öffentlichen Fuhrparks) sind laut einer aktuellen Studie zusätzlich rund 37 Milliarden Euro notwendig. Darin ist noch nicht der außerdem dringend notwendige weitere Ausbau, bspw. im öffentlichen Verkehr, berücksichtigt.

Ein großer Teil der öffentlichen Investitionen wird auf der kommunalen Ebene stattfinden.

Daher braucht es eine gesicherte und vor allem ausreichende Finanzierung der Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimawandelanpassung der Städte und Gemeinden. Zurzeit hängen die Maßnahmen der österreichischen Kommunen maßgeblich an **Förderungen**. Für die Kommunen bedeutet das nicht nur eine hohe Unsicherheit bei der Finanzierung ihrer Maßnahmen, sondern auch einen großen Mehraufwand, um diese

Mittel zu erhalten.

Besonders die Sparpolitik in Folge der Banken- und daraus folgenden Wirtschaftskrise 2008/2009 hat gezeigt, wie wichtig die Sicherstellung der Investitionsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden für die regionale Wirtschaft und Wertschöpfung ist. Um die Investitionstätigkeit sicher zu stellen wäre die Einrichtung eines **Klimaschutzfonds als langfristiges Finanzierungsinstrument** sinnvoll.

Gleichzeitig braucht es auch auf der europäischen Ebene eine Ausweitung der Finanzierungsinstrumente, die dazu beitragen, dass notwendige Maßnahmen auch umsetzbar sind. So wäre die Neuauflage der **Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF - Recovery and Resilience Facility)** mit explizit grünem Fokus, also einem Schwer-

punkt auf Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsmaßnahmen, dringend umzusetzen. Genauso muss der **Just Transition Fonds**, mit dem Gebiete unterstützt werden, die aufgrund des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft schwerwiegende Herausforderungen bewältigen müssen, aufgestockt werden.

Um den Städten und Gemeinden mehr Spielraum zu gewähren, sollten auch die **EU-Fiskalregeln** angepasst werden. Das kann beispielsweise durch mehr Flexibilität beim Stabilitäts- und Wachstumspakt durch eine „grün-goldene Regel“ für Investitionen sein, die Investitionen in den Klimaschutz von den strengen Defizitregeln ausnimmt.

6. Es braucht einen Finanzausgleich, der die Finanzierung des Klimaschutzes stärker berücksichtigt

Die Städte und Gemeinden sind sehr eingeschränkt, wenn es darum geht, zusätzliche finanzielle Mittel für den Klimaschutz und die Klimawandelanpassung aufzubringen. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Abhängigkeit der Städte und Gemeinden vom **Finanzausgleich**, der viele der Aufgaben und Einnahmen der Gebietskörperschaften regelt. **Kontraproduktiv für die Finanzierung von Maßnahmen zum Klimaschutz sind die stark anwachsenden Transferzahlungen der Gemeinden an die Bundesländer.** Vor allem die großen Städte in Österreich verlieren durch die zahlreichen Transfers einen erheblichen Anteil ihrer Mittel. Es braucht daher dringend eine **Neuordnung der Geldflüsse zwischen den Gebietskörperschaften** und eine Bereinigung der Kompetenz- und Aufgabenverteilung.

Im aktuell beschlossenen Finanzausgleich wurde dieses Thema leider nicht angegangen, daher werden wir uns auch in Zukunft für diese Änderungen einsetzen. Es wird auch von Expert:innen gefordert, dass sich der Finanzausgleich stärker an den **Aufgaben der Gemeinden** orientieren soll. Die Gemeinden übernehmen eine Vielzahl an Funktionen, die angesichts des Klimawandels nicht nur umfangreicher werden, sondern sich auch abhängig von der Betroffenheit der Gemeinde unterscheiden. Auch hier hat der ab 2024 geltende Finanzausgleich keine Lösung der grundlegenden Probleme gebracht. Umso wichtiger ist es, Städte und Gemeinden über andere Töpfe für ihre zusätzlichen Aufgaben zu entschädigen.

7. Es braucht eine gute Datenbasis

Den politischen Akteur:innen in den österreichischen Kommunen fehlt es oftmals an **verlässlichen Daten**, an denen sie ihr Handeln ausrichten können. Das betrifft nahezu alle Handlungsbereiche, in denen die Städte und Gemeinden zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel aktiv werden können. Gravierende

Datenlücken bestehen einerseits in der **Abschätzung der Auswirkungen des Klimawandels** auf die lokale Ebene. Keine ausreichende Datenbasis gibt es beispielsweise zum Auftreten von Naturkatastrophen und den Auswirkungen des Klimawandels auf die Infrastruktur sowie ganz zentral zum **lokalen Investitionsbedarf**.

Andererseits fehlen Potentialanalysen, beispielweise zur **Gewinnung erneuerbarer Energien, der Verbesserung der Energieeffizienz oder der Reduktion von Abfällen**. Beides erschwert ein fundiertes und angemessenes Reagieren der Städte und Gemeinden auf den Klimawandel und die Formulierung konkreter Maßnahmen und Ziele.

Auch im Bereich der **Arbeitsmarktinitiativen** fehlt es an verlässlichen Daten. Das liegt vor allem an der eher **unscharfen Definition von Green Jobs** sowie dem Label „grün“ an sich. Es wird die Aufgabe der politischen

Akteur:innen auf allen Ebenen sein, präzise Definitionen zu entwickeln. Nur dann können Gemeinden auch die zahlreichen vorhandenen Möglichkeiten auf den Arbeitsmarkt regulierend einzuwirken nutzen und lokale Reformen vorantreiben. Unabdingbar ist zudem eine diversifizierte Sicht auf die Lage unterschiedlicher Regionen, seien es Städte oder ländliche Kommunen und ihrer Erwerbsbevölkerung, um eine informierte politische Entscheidungsfindung auf lokaler wie nationaler Ebene zu unterstützen.

8. Es braucht eine Umstellung der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien

Für die Wende zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaft, ist eine grundlegende Umstellung der Energieerzeugung und des -verbrauchs notwendig. Gemeinden haben hier mehrere Möglichkeiten, aktiv zu werden. Den Ausbau von Erneuerbaren Energien kann die Gemeinde durch die Förderung von **Erneuerbaren-Energiegemeinschaften**, die gemeinsam Strom produzieren und konsumieren, unterstützen. Die kommunale Verwaltung kann sogar selbst Teil einer Erneuerbaren-Energiegemeinschaft sein und so den Anteil an erneuerbaren Energieträgern in Österreich erhöhen.

Bei der Umstellung des Verbrauchs kann die Gemeinde **Maßnahmen zum Energiesparen** setzen, zum Beispiel

durch die Umstellung von Beleuchtungssystemen. Außerdem sollten die thermische Sanierung von Gemeindegebäuden vorangetrieben und Haushalte und Unternehmen bei der thermischen Sanierung unterstützt werden. Idealerweise sind solche Maßnahmen in einer **Energiebuchhaltung**, in der der Energieverbrauch von Gebäuden systematisch aufgezeichnet und ausgewertet wird, festgehalten und mit einer **Energieraumplanung** verbunden. Auch dafür brauchen Gemeinden mehr finanzielle und personelle Ressourcen. Länder und Bund müssen die kommunale Ebene unterstützen, einen eigenen Finanzposten für **Energiebeauftragte** schaffen und genügend Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten bereitstellen.

9. Es braucht den Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Vom Verkehr gehen erhebliche Belastungen für die Umwelt und Gefahren für die menschliche Gesundheit aus. Klimaschutz im Verkehrsbereich muss in erster Linie auf eine **Veränderung des Modal Split**, d.h. des Anteils der verschiedenen Verkehrsträger am Gesamtverkehrsaufkommen, abzielen. Hier können die Städte und Gemeinden durch entsprechende Verkehrsplanung dazu beitragen, dass es zu einer deutlichen Verbesserung der Lebensqualität und der Erhöhung der individuellen Sicherheit kommt.

Um die Klimaschutzziele im Verkehrssektor zu erreichen, ist eine deutliche Verlagerung des Personenverkehrs auf öffentliche Verkehrsmittel notwendig. Im ländlichen Raum fehlt es allerdings vielfach an attraktiven öffentlichen Angeboten. Hier müssen sich die Kommunen aktiv für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in ihrem Gebiet einsetzen und innovative Lösungen erarbeiten. Nicht vergessen werden darf aber, dass es dafür eine **ausreichende Finanzierung** von Bund und Ländern braucht und eine **übergeordnete Planung**.

10. Es braucht eine klimafreundliche Stadt- und Raumplanung

Im Bereich der Stadt- und Raumplanung sowie des Wohnungsbaus können Kommunen auf umwelt- und klimafreundliche Zielsetzungen einwirken – zum Beispiel auf die **Verminderung der Zersiedelung und der Flächenversiegelung** oder auf die Reduktion des Stromverbrauchs durch energetische Gebäudeoptimierung. **Kompakte Siedlungsstrukturen** vermindern nicht nur den Ressourcenverbrauch, sondern haben auch energetische und verkehrsvermeidende

Vorteile. Die Erschließung von Neubaugebieten sollte sich deshalb grundsätzlich am bereits existierenden öffentlichen Personennahverkehr orientieren und gleichzeitig Anreize für ein verkehrssparsames Verhalten beinhalten. Eine kleinräumige **Mischung der Nutzungsformen** Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit, also die vielbeschworene „Stadt der kurzen Wege“, macht zudem die Verwendung alternativer, klimaschonender Verkehrsmittel attraktiver.

11. Es braucht energieeffizientes Bauen und Sanieren

In Österreich werden etwa **33 Prozent des Endenergieverbrauchs im Gebäudebereich** verursacht. Im Neubaubereich ist die Effizienz von energiebewussten Maßnahmen besonders groß, da die notwendigen Maßnahmen im Vergleich zur Altbausanierung umfassender, unproblematischer und kostengünstiger durchgeführt werden können. Hingegen besteht ein erheblicher Handlungsbedarf im Altgebäudebestand, wo durch Altbausanierung das größte Potenzial der Energieverbrauchsreduzierung liegt. Für Maßnahmen der Energieeffizienz sollten Anreize und Auflagen für Eigentümer:innen geschaffen werden. Die gerade in Verhandlung befindliche **europäi-**

sche Richtlinie zur Energieeffizienz von Gebäuden wird besonders für öffentliche Gebäude neue Vorgaben für Neubauten und Sanierungen bringen. Diese Maßnahmen sind wichtig, um die nationalen und europäischen Klimaziele zu erreichen und führen auch zur Schaffung neuer, nachhaltiger Jobs. Eine entsprechende Finanzierung dieser Maßnahmen muss jedoch sichergestellt werden. Gleichzeitig sind Vorkehrungen zu treffen, dass die energetische Modernisierung von Gebäuden zu **keinen sozialen Verwerfungen führt** und Förderprogramme als unterstützende Maßnahmen installiert werden.

12. Es braucht mehr Grünraum, vor allem in Städten

Die Auswirkungen der Klimakrise werden in dicht bebauten und vegetationsarmen städtischen Gebieten stärker zu spüren sein als im ländlichen Umfeld. Dem städtischen Grün kommt deshalb eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Pflanzen spenden Schatten, filtern die Luft und verbessern die Luftqualität. **Durch Begrünung werden die innerstädtische Temperatur gesenkt, der Verkehrslärm gemindert und das Umfeld**

optisch aufgewertet. Die verschiedenen Formen der städtischen Begrünung (Dach-, Fassaden- und Freiflächenbegrünungen) müssen allerdings mit weiteren Maßnahmen, wie der Entsiegelung, der Regenwasserretention und -versickerung, der Öffnung von Stadtbächen, aber auch mit der Errichtung von sogenannter blauer Infrastruktur – Wasserstellen wie Springbrunnen oder Teichen – sowie Maßnahmen zur Trinkwasserbereit-

stellung einhergehen. Auch hier braucht es Anreize und Auflagen. Die Forderung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses an die europäischen Institutionen, Wasser als Priorität zu betrachten und einen

EU Blue Deal als eigenständige strategische Politik zu verabschieden, gleichberechtigt mit dem EU Green Deal, kommt daher zum richtigen Zeitpunkt.

13. Es braucht eine Umstellung des Wirtschaftssystems auf Kreislaufwirtschaft

Unser Wirtschaftssystem muss den Herausforderungen entsprechend umgestellt werden, um die Klimakrise zu bewältigen. Die lineare Wirtschaft, die auf der Ausbeutung von nicht erneuerbaren Rohstoffen aufbaut, gilt es durch eine **Kreislaufwirtschaft** zu ersetzen. In einer Kreislaufwirtschaft sollen defekte Produkte nicht auf dem Müll landen, sondern immer wieder in den Produktionskreislauf eingespeist werden. Um den Umstieg zu unterstützen, können Gemeinden das **Bewusstsein**

der Einwohner:innen bilden und Räumlichkeiten etwa für Reparaturcafés oder Tauschbörsen zur Verfügung stellen. Gemeindeeigene Einrichtungen wie Bauhöfe und Müllsammelstellen bieten sich ebenfalls an, um Bewusstseinsbildung und Recycling zu betreiben. Letztlich braucht es aber auch rechtliche Rahmenbedingungen auf nationaler und supranationaler Ebene, die die Langlebigkeit von Produkten und die Austauschbarkeit von Einzelteilen sicherstellen.

14. Es braucht eine aktive Wirtschaftspolitik und nachhaltige öffentliche Beschaffung

Letztlich muss die öffentliche Hand eine **aktive Wirtschafts-, Regional-, und Industriepolitik** betreiben, um eine gesicherte Einbindung in strategisch wichtige Wertschöpfungsketten zu ermöglichen.

Die Covid-19-Krise hat uns gezeigt, wie wichtig eine stärkere Regionalisierung von globalen Lieferketten ist, um die Versorgungssicherheit (beispielsweise mit Medikamenten) sicherzustellen.

Städte und Gemeinden können hier die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, aber auch über die **öf-**

entliche Beschaffung direkt Einfluss nehmen. Anstatt nur den billigsten Preis bei der Auftragsvergabe und dem Einkauf von Produkten und Dienstleistungen zu berücksichtigen, können und müssen auch **ökologische und soziale Kriterien** stärker berücksichtigt werden. Die Kopplung von öffentlichen Investitionen, öffentlichen Auftragsvergaben und Fördermittelvergaben an überprüfbare soziale und ökologische Kriterien, insbesondere Standort- und Beschäftigungsgarantien, muss daher forciert werden.

15. Es braucht die lokale Expertise und Einbeziehung der Bürger:innen

Bei klimarelevanten Bürger:innenbeteiligungsprozessen zeigen sich gute Ergebnisse, wenn **Interessierte oder potenziell Beteiligte von Anfang an miteinbezogen werden** und aktiv mitgestalten können. In den Städten und Gemeinden wissen die Einwohner:innen oftmals am besten über die lokalen Gegebenheiten Bescheid. Je früher zudem Menschen in Beteiligungsprozesse mit-

einbezogen werden, desto höher ist auch die Akzeptanz von Maßnahmen. Als wichtiger Baustein erfolgreicher Klimapolitik erweist sich auch **die Information der Bürger:innen.** Angemessene und zielgruppengerechte Informationskampagnen und Beteiligungsmodelle müssen alle Bevölkerungsgruppen einschließen.

Notizen





Referat
Internationales, EU & Daseinsvorsorge

 +43 1 31316-83688

 international@yunion.at